

Hon. C. A. Dunning in Moose Jaw

Abrechnung mit den Skandalgerüchten der Konservativen.

Premier Gardiner von Saskatchewan für die Rechte der nationalen Minderheiten.

Meighen verfährt in dieser Wahl nach dem Muster des „War Time Election Act“

In einer großen liberalen Massenversammlung in Moose Jaw wurde Hon. C. A. Dunning stürmisch begrüßt. In seiner Rede nahm er unter anderem auf die verschiedenen Interessen der einzelnen canadischen Provinzen Bezug. Schilderte die verschiedenen Verhältnisse und betonte, daß diese 9 Provinzen miteinander zum Besten des großen Ganzen verhandelt seien und daß sie vereinigt bleiben müßten, aber daß jede von ihnen doch auch wieder für ihr eigenes Bestes wirken müsse, als ob sie getrennt seien. Wenn Saskatchewan ganz Canada wäre, würde gewiß der Freihandel die beste Politik sein. Aber Saskatchewan ist ebenfremdlich ein Teil von Canada wie etwa Ontario. Jedes muß die Probleme des Landes nicht nur mit seinen eigenen Augen sehen, sondern auch mit denen der Mitgenossen. Die Vertreter von Saskatchewan hätten in der letzten Session des Parlamentes sich ehrlich bemüht, die Probleme anderer Provinzen zu verstehen, und hätten sich in Komitees zusammengeschlossen, um die verschiedenen Fragen gründlich zu unteruchen. Sie seien nicht als Vertreter von Saskatchewan, der drittgrößten Provinz, nach Ottawa gegangen, sondern mit dem festen Entschluß, die Probleme des übrigen Canada zu studieren.

Auf die zukünftige Regierungsbildung eingehend, bemerkte Herr Dunning, im dem Augenblick, in dem Mackenzie King zur Bildung der kommenden Regierung berufen werde, werde es kein Schattenzweifel mehr geben. Die Minister würden auf ihr Amt einzuschreiten und zum Volke zurückkehren, um ihre Wahl nochmals bestätigen zu lassen. Unter Hinweis auf den letzten Wahlsieg, in dem Herr Meighen und seine Anhänger den Herrn Gardiner probiert hätten, wenn man ihm nicht eine Schutzschiff geben würde, betonte der Redner, daß die Bevölkerung von Canada dieses Quacksalber-Mittel nicht eingenommen habe und daß der Patient trotzdem von Tag zu Tag sich wohler fühle.

Herr Dunning sagte fernerhin, man habe ihm vorzuerzählen, daß er alle Industrien von Canada zu Gunsten der Landwirtschaft, wofür er würde, er habe gewiß für die Landwirtschaft ein warmes Plädoyer in seinem Herzen; denn er könne sich nicht denken, wie man ohne sie das Land wirtschaftlich entwickeln könne. Der beste Beweis dafür sei in der liberalen Politik zu finden. Am letzten Jahr, als Herr Meighen am Ruder war, habe das canadische Volk von anderen Ländern Fertigfabrikate im Werte von \$264,000,000 mehr gekauft als verkauft. Am letzten Jahre habe Canada an andere Länder Fertigfabrikate im Werte von \$15,000,000 mehr ver-

kauft als gekauft. So hätten die Liberalen andere Industrien ruiniert, um der Landwirtschaft zu nützen. Im Jahre 1921, als Herr Meighen im Amt war, habe die Gesamtzahl der Angestellten in der canadischen Industrie 480,000 betragen. Im Jahre 1926 sei die Zahl auf 820,000 gestiegen. Aus diesen Tatsachen gehe klar hervor, daß diesmal mit dem Rückgang der Industrie kein politisches Geschäft zu machen sei. Deswegen hätten sich die Konservativen nun eine andere Wahlparole gesucht, nämlich den Zollstand. Ganz genau sei es, wenn man einen Namen eines Toten mit diesem Stand in Verbindung bringe. Diejenigen, die daran schuld seien, müßten ganz genau, daß die Familie jenes Mannes, sich nicht auf gerichtliche Wege Gemütskur verschaffen könne. Die Konservativen nun eine andere Wahlparole gesucht, nämlich den Zollstand. Ganz genau sei es, wenn man einen Namen eines Toten mit diesem Stand in Verbindung bringe. Diejenigen, die daran schuld seien, müßten ganz genau, daß die Familie jenes Mannes, sich nicht auf gerichtliche Wege Gemütskur verschaffen könne. Die Konservativen nun eine andere Wahlparole gesucht, nämlich den Zollstand. Ganz genau sei es, wenn man einen Namen eines Toten mit diesem Stand in Verbindung bringe. Diejenigen, die daran schuld seien, müßten ganz genau, daß die Familie jenes Mannes, sich nicht auf gerichtliche Wege Gemütskur verschaffen könne.

Der Redner nahm auch Bezug auf die angebliche Vergewaltigung der „Margaret“ und auf das Verlangen von Herrn Lavigne, die Sache unteruchen zu lassen. Es dauerte noch keine halbe Stunde, da hatte das Gericht bereits sich dahin entschieden, daß an den Gerüchten über die „Margaret“ kein wahres Wort sei. Sogar der Regierungsvertreter des Herrn Meighen habe das öffentlich zugeben müssen. Herr Dunning bemerkte ausdrücklich, daß er noch nicht auf jenem Schiff gewesen sei und es auch nicht betreten werde, bis sein Name geändert werde. Er sei in Charlottetown gewesen, da habe ihn ein Zeitungsredakteur gefragt, warum man aus alledem so viel Hehlens mache: — in Charlottetown wolle man ganz genau, was auf dem Schiffe vorgebe und es sei bekannt, daß Herr Meighen mit einer Partei Leute im Jahre 1921 kurz vor der damaligen Wahl sich auf dem Schiffe aufgehalten habe, habe Herr Meighen ganz entrückt geäußert und es so hinzuzusetzen gesucht, als könnte jemand annehmen, daß er auf der „Margaret“ etwas Schlechtes getrieben habe.

Herr Dunning bemerkte fernerhin, daß immer noch böswillige Gerüchte in Umlauf gesetzt würden, und daß man ihre Richtigkeit oder Unrichtigkeit am Charakter der bisher ver-

tretenen Zolländerungen beurteilen könne. Er wandte sich dann der Schmutzgelbte zu und legte genau dar, welche Schritte die Regierung von Mackenzie King unternommen habe, um die Tätigkeit der Zollabteilung unteruchen zu lassen. Dabei sei nach Ansicht von nachgebenden Beamten die öffentliche Meinung nicht immer mit ganzer Seele hinter der Arbeit der Regierung gestanden. Es sei schwer, den Schmutzgelbte wirksam zu bekämpfen, namentlich in Anbetracht der Tatsache, daß die Ver. Staaten ein Prohibitionsland seien. Trotz der Prohibition schießen die Amerikaner sehr dürrige Leute zu sein. Je größer ihr Durst werde, desto größer auch der Profit, den der Schmutzgelbte aus dem Verkauf von Alkohol in die Ver. Staaten mache. Herr King habe einen der jüngsten und tüchtigsten Männer des öffentlichen Lebens in Canada auf die Stelle des Zollministers berufen, der damit vor eine schwierige Aufgabe gestellt worden sei. Auf einfache Gerichte hin habe Herr Meighen nicht Beamte entlassen können, sondern er habe abwarten müssen, bis Beweise dafür vorgelegen hätten. Inspector Duncan, einer der tüchtigsten Detectives der Dominion, sei mit der Untersuchung betraut worden und habe einen Bericht für das Kabinett ausgearbeitet. Dieser Bericht sei an Don. D. S. Stevens früher gelangt als Herr Meighen erhalten habe. Ehrlichkeit in der Politik sei nicht eine Tugend, die nur für eine Partei gelte. Die Rede des Herrn Stevens im Unterhaufe sei vollständig aus den Dokumenten aufgebauscht gewesen, die im Zollamt zu Montreal vorgelesen hätten, gefügt auf Inspector Duncans ersten Bericht. Es sei nicht: Sätze der Polizeidirektion, alles, was sie wüßten, der ganzen Welt mitzuteilen, sobald die Verbrecher entlassen könnten. Aber die Rede des kontervativen Herrn Stevens habe die Arbeit der Polizei fast beeinträchtigt. Am nächsten Morgen hätten die Schmutzgelbte bereits gesagt, um was es sich handele.

Herr Dunning bemerkte fernerhin, daß immer noch böswillige Gerüchte in Umlauf gesetzt würden, und daß man ihre Richtigkeit oder Unrichtigkeit am Charakter der bisher ver-

tretenen Zolländerungen beurteilen könne. Er wandte sich dann der Schmutzgelbte zu und legte genau dar, welche Schritte die Regierung von Mackenzie King unternommen habe, um die Tätigkeit der Zollabteilung unteruchen zu lassen. Dabei sei nach Ansicht von nachgebenden Beamten die öffentliche Meinung nicht immer mit ganzer Seele hinter der Arbeit der Regierung gestanden. Es sei schwer, den Schmutzgelbte wirksam zu bekämpfen, namentlich in Anbetracht der Tatsache, daß die Ver. Staaten ein Prohibitionsland seien. Trotz der Prohibition schießen die Amerikaner sehr dürrige Leute zu sein. Je größer ihr Durst werde, desto größer auch der Profit, den der Schmutzgelbte aus dem Verkauf von Alkohol in die Ver. Staaten mache. Herr King habe einen der jüngsten und tüchtigsten Männer des öffentlichen Lebens in Canada auf die Stelle des Zollministers berufen, der damit vor eine schwierige Aufgabe gestellt worden sei. Auf einfache Gerichte hin habe Herr Meighen nicht Beamte entlassen können, sondern er habe abwarten müssen, bis Beweise dafür vorgelegen hätten. Inspector Duncan, einer der tüchtigsten Detectives der Dominion, sei mit der Untersuchung betraut worden und habe einen Bericht für das Kabinett ausgearbeitet. Dieser Bericht sei an Don. D. S. Stevens früher gelangt als Herr Meighen erhalten habe. Ehrlichkeit in der Politik sei nicht eine Tugend, die nur für eine Partei gelte. Die Rede des Herrn Stevens im Unterhaufe sei vollständig aus den Dokumenten aufgebauscht gewesen, die im Zollamt zu Montreal vorgelesen hätten, gefügt auf Inspector Duncans ersten Bericht. Es sei nicht: Sätze der Polizeidirektion, alles, was sie wüßten, der ganzen Welt mitzuteilen, sobald die Verbrecher entlassen könnten. Aber die Rede des kontervativen Herrn Stevens habe die Arbeit der Polizei fast beeinträchtigt. Am nächsten Morgen hätten die Schmutzgelbte bereits gesagt, um was es sich handele.

Die offiziellen Nominierungen.

Nach Parteien sind folgende offiziell nominierte Kandidaten in den einzelnen Provinzen Canadas für die am Dienstag stattfindende Dominionwahl aufgestellt:

Prince Edward Island: 4 Liberale, 4 Konservative, zusammen 8.
Nova Scotia: 13 Liberale, 14 Konservative, 1 Arbeiter, zusammen 28.
New Brunswick: 11 Liberale, 11 Konservative, zusammen 22.
Quebec: 64 Liberale, 62 Konservative, 14 Unabhängige, zusammen 138.
Ontario: 61 Liberale, 82 Konservative, 11 Progressiv, 8 Liberal-Progressive, 10 Unabhängige, 4 Arbeiter, zusammen 176.
Manitoba: 5 Liberale, 16 Konservative, 4 Progressiv, 6 Liberal-Progressive, 2 Arbeiter, zusammen 35.
Saskatchewan: 19 Liberale, 16 Konservative, 9 Progressiv, 2 Liberal-Progressive, 4 Arbeiter, zusammen 46.
Alberta: 9 Liberale, 13 Konservative, 12 U.S.A., einen Unabhängigen, 2 Arbeiter, zusammen 37.
British Columbia: 13 Liberale, 11 Konservative, 2 Unabhängige, 7 Arbeiter, zusammen 36.
Yukon: 1 Liberale, 1 Konservative, zusammen 2.
Im ganzen 199 Liberale, 233 Konservative, 20 Progressiv, 21 Liberal-Progressive, 12 U.S.A., 25 Unabhängige, 18 Arbeiter, alles zusammen 528.

Wieder ein mißglücktes Attentat auf Mussolini

Rom, 11. Sept. — Auf Benito Mussolini, den italienischen Diktator, ist zum dritten Male ein mißglücktes Attentat unternommen worden. Ernesto Giovanni, ein junger italienischer Stenograph, warf heute Morgen kurz nach 10 Uhr, als der Premier von seiner Wohnung an den Ausläufern der Stadt von Chigi-Palast fahren wollte, ein Bomben gegen das Auto Mussolinis. Die Bombe trat ein Seitenfenster des Autos, explodierte aber nicht, bis sie auf den Boden gefallen war. Mussolini entkam unverletzt. Vier Passanten wurden von Glasplittern des Autos verwundet. Giovanni wurde sofort verhaftet. Mehrere Polizisten wurden von einer wütenden Menschenmenge verletzt, als sie den Attentäter gegen die Angriffsverträge des Bösewichtes schützten.

Auerodsen in Europa

Wien, 11. Sept. — Der dritte jährliche Kongreß der internationalen Gesellschaft zur Erhaltung der Auerodsen ist hier in Sitzung und berichtet über die Lage der Auerodsen in Europa. Die Kongreßarbeiten werden bis zum nächsten Morgen dauern. Die nächsten Morgen hätten die Schmutzgelbte bereits gesagt, um was es sich handele.

Konservative gegen Hudson's Bay-Bahn

Hon. R. B. Bennett tritt offen gegen Vollendung der Bahn auf

Ein schwerer Schlag für die Tories im ganzen Westen.

Hon. R. B. Bennett, der neue canadische Finanzminister, hat in einer Rede in Portage La Prairie, Man., offen erklärt, daß er ein Gegner der Hudson's Bay-Bahn sei, wozu er dem Ansehen der Tories in West-Canada kurz vor dem Wahltag noch einen schweren Schlag versetzt hat. Nach Meldungen aus dem Osten wird dort die Äußerung des konservativen Ministers von den Tories mit lebhafter Freude begrüßt, weil man in Ontario bekanntlich dem Projekte der Hudson's Bay-Bahn schon immer ablehnend gegenüberstand. Dagegen ist nach zuverlässigen Berichten die konservativ-kapitalistische Partei des Herrn Bennett in starke Bestürzung geraten, weil sie befürchtet, daß dadurch die letzten Hoffnungen auf konservativ Siege in Manitoba vernichtet werden.

Deutsche Krebsforscher auf Amerikasfahrt

Berlin, 11. Sept. — Die Professoren Ferdinand Blumenthal und Robert Jerndt, zwei hochangesehene deutsche Krebsforscher, treten auf dem Dampfer „Arabie“ die Amerikasfahrt an, um den Krebsforschungs-Kongreß mitzumachen, welcher am 20. September am Lake Mohonk im Staate New York eröffnet werden wird. Die beiden deutschen Forscher sind auf dieser Reise, die Güte der „American Society for the Control of Cancer“, welche sie zur Beteiligung an dem Kongreß eingeladen hat.

Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund

Unter großer Begeisterung vollzogen.

Deutsches Reich erhält ständigen Sitz im Eigarat.

Vermehrung der nichtständigen Ratsitze beschlossen

Genf, 8. Sept. — Europa macht heute dem großen Krieg ein Ende. Inmitten des Beifalls, welcher dem Saal der Versammlung des Völkerbundes erschütterte, wurde Deutschland einstimmig zu einem Mitglied des Bundes gewählt und einstimmig wurde ihm auch ein ständiger Sitz im Rat der Liga bewilligt. Beim Namensaufruf der Staaten sprach der französische Außenminister Briand ein fröhliches „Ja“ und richtete seine Blicke dann zur Presseleibne, als würde er, daß die Stunde durch die Welt schalle. Frankreich habe zuerst seinen alten Feind im Schoße der Versöhnung und Eintracht begrüßt. Außenminister Briand begrüßte die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund mit gleichem Enthusiasmus die Zustimmung zu Deutschlands Aufnahme. Sir Austen Chamberlain's Beitrag zur Gemütsheilung im Namen von Großbritannien war knapp und klar. Die konventionellen Staaten hätten dagegen protestiert. Deutschlands Aufnahme mit einer Vermehrung der nichtständigen Ratsitze von sechs auf neun zu veranlassen. Trotzdem wurde diese Vermehrung genehmigt und zwar ebenfalls einstimmig. Drei Sitze für Latein-Amerika im Rat sind dadurch gesichert. Rintischts, der Präsident der Versammlung, war sichtbar bewegt, als er Deutschlands einstimmige Zulassung ankündigte. Er ist Außenminister von Jugoslawien, dem Lande, zu dem jetzt der Ort se-

rajo gehört, der Schauplatz der Ermordung des österreichischen Erbprinzen Franz Ferdinand.
„Eine Männer des Vertrauens“, sagte der Präsident, behielten Recht, die sich während der Vorkriegszeit im März (als Deutschlands Aufnahme verhindert wurde) durch voll unüberwindlich scheinende Schwierigkeiten nicht entmutigen ließen. Wir haben heute durch die Aufnahme von Deutschland eine der gewandigsten, bestellten und wichtigsten Aufgaben in der Entwicklung des Völkerbundes vollbracht.“
Zwei Minuten nach Bestätigung der Versammlung fand der Generalsekretär der Liga ein Telegramm an Außenminister Stresemann in Berlin, welches Deutschlands Ernennung und Erhebung in den Rat ankündigte. Eine deutsche Abordnung wird morgen in Genf erwartet, um sich an der Sitzung am Freitag zu beteiligen.

Spanien verläßt Liga

Genf, 11. Sept. — Spanien ist heute aus dem Völkerbund ausgetreten, weil es nicht einen ständigen Sitz im Völkerbundsrat erhalten hat.

Weitere Truppen räumen das Rheinland

Paris, 11. Sept. — Während des Monats September ziehen die Franzosen etwa 8000 Mann ihrer Besatzungstruppen aus dem Rheinland zurück, jedoch bis Ende des Monats insgesamt noch 62,000 Mann alliierter Truppen dort verbleiben werden, von denen 50,000 Franzosen sein werden. Inzwischen sind zwischen Berlin und Paris diplomatische Verhandlungen im Gange, welche auf eine weitere Verminderung der Besatzungstruppe abzielen.

Misstrauensvotum gegen Herriot

Genf, 11. Sept. — Als ein Zeichen ihrer Mißbilligung, daß Edward Herriot, der Bürgermeister von Lyon, das Amt des Erziehungsministers im Voincare-Kabinett übernahm, hat die sozialistische Mehrheit im Stadtrat ihm ein Misstrauensvotum ausgesprochen. Herriot löst nicht die Absicht haben, die Konsequenzen aus diesem Streite zu ziehen, den er als rein politisch bezeichnet. Er erklärte, daß er sich an die Bürger der Stadt wenden wolle, um durch eine Abstimmung entscheiden zu lassen, ob sie auf seiner Seite oder derjenigen der Sozialisten stehen.

Indien fordert Selbstregierung wie Canada

Genf, 11. Sept. — Der Versammlung des Völkerbundes ging ein Gesuch zu, das internationale Aufmerksamkeit erregt. Indien brachte den Wunsch zum Ausdruck, ein sich selbst regierendes Land gleich Canada oder Australien zu werden. Der Maharajah von Kachhwar sprach sich für Englisch und übertrug dann selbst seine Ansprache in fehlerloses Französisch. Er sprach von dem erwachenden Indien und äußerte die Hoffnung auf baldige Selbstverwaltung wie in Canada oder Australien.

21 Menschenleben auf dem Gewissen

Berlin, 11. Sept. — Otto Schilling, ein Musiklehrer, soll der Polizei eingestanden haben, daß er die Entgleisung des Berlin-Köln-Expresszuges in der Nähe von Lehrte am 19. August herbeigeführt habe in der Absicht, die Passagiere zu berauben. 21 Personen kamen bei dem Unglück ums Leben.

offnete. Senor Aguero von Cuba teilte mit, daß die Beglaubigungs-schreiben der deutschen Delegaten als ordnungsgemäß behandeln worden und sie folglich zur Mitgliedschaft zugelassen seien.
Die Deutschen, geführt von Dr. Stresemann, schritten darauf feierlich unter neuerlichem Beifallssturm zu ihren Plätzen. Dann ergriff der Präsident Rintischts die Zugelassen, das Wort zu einer bejauhten Begrüßungsansprache, in der er bemerkte, der Eintritt Deutschlands bedeute eine neue Epoche in der Universalität des Völkerbundes und sei ein glückliches Vorzeichen für die friedliche Zukunft eines Kontinents, der in der Vergangenheit zu schwer von Striegen heimgesucht worden sei.
Dr. Stresemann betrug dann unter erneuertem Beifall die Rede. Er sprach in deutscher Sprache die Worte der Begrüßung zu wenden. Es war die erste deutsche Rede vor dem Völkerbund. Der deutsche Außenminister betonte die Bedeutung der wirtschaftlichen Verständigung unter den Völkern und wies darauf hin, daß die alte Ordnung der Dinge verdrummen sei. Das neue Völkerleben bedürfe neuer Formen internationaler Gemeinschaftsarbeit, wobei auf nationale Grenzen weniger Wert zu legen sei.
Nach dem Verleser Vertrag, so führte Dr. Stresemann weiter aus, solle die Abrüstung Deutschlands der Vorläufer einer allgemeinen Abrüstung sein; er hoffe, daß in dieser Beziehung ein Fortschritt unternommen werde. Ferner appellierte er an Spanien, nicht aus dem Völkerbund auszutreten. Es sei ein bedeutames Ereignis, daß Deutschland und die anderen Nationen, welche im Striege gegen es verbunden waren, innerhalb des Völkerbundes zu dauernder, friedlicher Zusammenarbeit vereinigt seien. Das wolle darauf hin, daß der Völkerbund dazu berufen sei, bei der (Fortsetzung auf Seite 8.)

Amerikanische Vorbehalte führen zu Konflikt

Canadischer Vertreter über den hohen Wert des Völkerbundes

Großer Teil des nordamerikanischen Kontinents auf Seite der Liga.

Genf, 9. Sept. — Das Spezialkomitee von 14 Mitgliedern, das von der Weltgerichtskommission eingesetzt worden ist, konnte über die Frage des Beitritts der Ver. Staaten zum Weltgerichtshof zu keiner Einigung gelangen. Eine weitere Verammlung des Komitees wird nicht vor nächster Woche abgehalten werden. 1. wegen der ersten Natur der Meinungsverschiedenheit, und 2. weil die Mitglieder in den Sitzungen der Komitees der Völkerbundsversammlung in Anspruch genommen sind.

Die Schwierigkeit entstand aus der Tatsache, daß weder das Komitee noch jemand anders weiß, ob der Völkerbundsrat, wenn er den Weltgerichtshof um seinen Rat ansucht, darüber durch Mehrheitsbeschluß oder durch Einstimmigkeit entscheiden muß. Wenn Einstimmigkeit verlangt wird, können die Vorbehalte der Ver. Staaten ohne weiteres angenommen werden, aber wenn der Mehrheitsbeschluß erforderlich ist, ergibt sich eine andere Lage. Selbst wenn die Ver. Staaten gleichberechtigt mit den Mitgliedern des Rates an seinen Sitzungen teilnehmen könnten und gegen eine Befragung des Weltgerichtshofes stimmen würden, könnte eine solche Meinungsäußerung verlangt werden, wenn die Mehrheit des Rates gegen die Stellungnahme der Ver. Staaten stimmen würde. Das würde bedeuten, daß die Ver. Staaten nicht weiterhin Mitglied sein könnten, weil sie, wie das Komitee den 5. Vorbehalt auslegt, keinen Beschluß über eine Meinungsäußerung wünschen in solchen Angelegenheiten, an denen die Ver. Staaten interessiert sind, es sei denn, daß die Ver. Staaten selbst im voraus ihre Zustimmung dazu geben würden.
Sir Geo. Foster von Canada erklärte dazu in einer Ansprache vor der Völkerbundsversammlung, Mi-

Aufbruch in Spanien soll unterdrückt sein

Entführung des Königs vereitelt

Angeblieh nur geringe Verluste.

London, 11. Sept. — Amtliche Depeschen aus Madrid versichern, daß die Meuterei der Artillerie des spanischen Heeres (vorüber auf Seite 2 unter „Spanien“ berichtet wird), gestillt ist und die Regierung die Lage völlig beherrscht. Infolge der strengen Zensur ist aber der wirkliche Gang der Ereignisse etwas dunkel. Das Zeugnis von General Primo de Rivera, daß bei Niederwerfung der Murruben in Pamplona ein Verlust von ein Soldat getötet wurden, zeigt jedoch, daß der Aufbruch nicht so friedlich ausgeführt wurde wie amtliche Depeschen zuerst angaben.
Berichte über Unternehmung der Artillerie durch die Flotte und viele andere Gerüchte über eine Gefährdung der Donatise sind nicht bestätigt. Nach einem unbefähigten Bericht sollte König Alfonso entführt werden. Der Aufbruch wurde angeblich vereitelt, indem der König in seinem Mo-

torwagen rasch aus San Sebastian nach der Hauptstadt fuhr. Die Verwickelten sollen spanische Republikaner sein, die in Grenzorten wohnen.
Nach Berichten aus Sevilla, Granada und Oviedo arbeiten die Fabriken unter der Leitung von Truppen. Alles geht normal. Die Artillerie-garnisonen im ganzen Lande unterworfen sich ohne Zwischenfall, außer in Pamplona, wo zwei getötet und zwei verwundet wurden. Die Regierung berät sich mit den militärischen Führern und Chefs der Departements; König Alfonso beabsichtigt nach San Sebastian zurückzufahren.
Premier de Rivera erklärt, daß in Spanien keine Revolution ausbrach, sondern lediglich eine Bewegung unter Artillerieoffizieren gegen die bestellten Behörden. Die Angelegenheit, sagt er am Schluß, ist ohne Störung des öffentlichen Friedens vollständig beigelegt.